Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 259. — 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Freitag 6. November 1925

Politik im Rundfunk.

Das erfreulichste an der soeben verbreiteten Rundfunkrede Dr. Stresemanns ist wohl, daß sie auch im Ausland mitgehört werden konnte und wohl auch mitgehört worden ist. Im allgemeinen pflegen nämlich auswärtige Zeitungen deutsche Ministerreden nicht zu bringen, sondern sie polemisieren höchstens gegen diese. Und es waren wichtige Dinge, die Stresemann dem Ausland zu sagen hatte. Dazu gehört nicht etwa das Bedauern darüber, daß die parteipolitischen Auseinandersetzungen einen tiefen Schatten auf das Vertragswerk von Locarno geworfen haben. Das weiß nämlich das Ausland ohnedies schon ganz genau. Wichtig ist vielmehr die starke Betonung, daß die letzte Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Vertrages geknüpft bleibt an das Inkrafttreten der Rückwirkungen, die Briand und Chamberlain in Locarno als „selbstverständlich" bezeichnet haben. Stresemann erklärte, daß diese Zusagen ihn und den Reichskanzler veranlaßt haben, die Vertragsentwürfe zu paraphieren, so daß sie jetzt nicht mehr abgeändert, sondern nur im ganzen angenommen oder abgelehnt werden können. Stresemann machte die Äußerung, nach welcher der Reichskanzler und er für die Annahme der Verträge eintreten werden, wenn sie „den Weg öffnen, der zur Wiedererstarkung und Befreiung Deutschlands führt". Aber der Versailler Vertrag und alle anderen hernach über uns verhängten Verträge stehen allerdings noch dazwischen und — an diesen Verträgen wird und soll nichts geändert werden.

Dr. Stresemann ist dann in seiner Rundfunkrede zwar nicht auf die näheren Einzelheiten der „Rückwirkungen" eingegangen, hat hierüber, seiner bisherigen Politik getreu, nichts Näheres gebracht, hat aber die Gelegenheit benutzt, wieder den deutschen Standpunkt zu den verschiedenen strittigen Artikeln des Locarnoer Vertragswerks hervorzuheben. Vor allem handelt es sich dabei um den Streit darüber, ob mit dem ersten Artikel des Westpaktes ein Verzicht auf deutsches Land ausgesprochen ist. Bekanntlich wurde von unseren Vertragsgegnern dies bejaht, während Dr. Stresemann dem nicht so beistimmt. Ferner erklärt er, daß die Auslegung des Artikels 16 (Durchmarschrecht) durch die Note der Entente auch dahin aufzufassen sei, daß wir uns nicht nur einer militärischen Beteiligung an einer Völkerbundexekution angesichts unserer militärischen Lage entziehen können, sondern daß durch eine Neutralitätserklärung unsererseits auch das Durchmarschrecht der anderen durch Deutschland hindurch beseitigt werde. Bei den Vertragsgegnern ist auch hier die Einstellung abweichend. Erfreulicherweise aber hat Dr. Stresemann noch einen dritten Punkt berührt, nämlich die Frage der Kolonialmandate für Deutschland, deren Zulässigkeit bei einem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund als Rückwirkung von Briand und Chamberlain in Locarno bezeichnet wurde. Allerdings — die Erde ist verteilt, das wenige, was Deutschland sich erwarb, ist ihm genommen. Es erscheint nicht gerade sehr wahrscheinlich, daß man uns etwas davon zurückgeben wird.

Die mit der Entwicklung der innerpolitischen Lage verknüpften Erwartungen eines Rücktritts des Kabinetts und Ersetzung des Reichskanzlers Dr. Luther durch eine andere Persönlichkeit sind vorläufig nicht Tatsache geworden; denn die Unterredungen der Parteiführer, soweit sie hinter dem Kabinett Luther stehen, haben gezeigt, daß auch das Zentrum zurzeit die Herbeiführung der Großen Koalition noch nicht als ganz sicher betrachtet. Man hat anscheinend Bedenken, wie die ganze Entwicklung ausläuft, die ganz auf den Kopf gestellt würde, wenn englisch-französische Hartnäckigkeit die Rückwirkungen nicht in der Ausdehnung zur Wirklichkeit werden lassen will, wie wir es erwarten müssen. Bemerkenswert ist übrigens die Schärfe, mit der sich der amtliche Bericht über die Besprechung mit den Parteiführern gegen die Haltung der Deutschnationalen wendet. Wichtig ist auch die Feststellung, daß für die endgültige Entscheidung über das Werk von Locarno jetzt vor allem die Grundlage geschaffen werden muß, und daß dies die alles beherrschende Frage der Gesamtpolitik sei.

Auch der demokratische Parteivorstand hat in einer Entschließung die Annahme des Vertrages von Locarno von einer befriedigenden Lösung der Rückwirkungen abhängig gemacht. Auch dort steht man auf dem Standpunkte, daß erst nach dieser endgültigen Entscheidung eine Regierungsneubildung zu erfolgen habe, die außenpolitisch eine ehrliche Durchführung der Verträge und innenpolitisch ein „Festigung der Republik" zum Ziele haben müsse; ein entsprechend zusammengesetztes Kabinett werde sich nur auf die Parteien stützen dürfen, die eine derartige Außen- und Innenpolitik mitmachen wollen.

Unsere Innenpolitik ist jedenfalls noch immer in einem kritischen Zustande. Wir wissen nicht, wie die Gegenseite sich zu den Rückwirkungen verhalten wird. Davon ist aber alles abhängig, nicht bloß unsere Außen-, sondern auch die Innenpolitik.

Dr. Luther berichtet dem Reichspräsidenten.

Beratungen über die innere Lage.

Berlin, 4. November.

Reichspräsident von Hindenburg empfing heute nachmittag den Reichskanzler Dr. Luther, um von ihm einen Bericht über die innerpolitische Situation entgegenzunehmen. Vorher hatte der Kanzler die Wortführer der „Wirtschaftspartei", die Abgeordneten Hampe und Mollath, empfangen. Das Ergebnis der Besprechung war nach einer offiziösen Mitteilung, daß die Vertreter der Wirtschaftlichen Vereinigung dem Reichskanzler mitteilten, sie schlössen sich dem Standpunkt der drei durch Vertrauensmänner in der Regierung vertretenen Parteien an. Die Wirtschaftspartei würde sich dadurch der Politik der jetzigen drei Regierungsparteien anschließen, der Meinung des Vorsitzenden der Partei, des Abg. Dr. Bredt also nicht beitreten. Dr. Bredt lehnte bekanntlich die Zustimmung zum Vertrag von Locarno ab.

*

Die Nachmittagsbesprechungen beim Reichskanzler.

Berlin, 5. November. Im Anschluß an den Empfang der Führer der Wirtschaftlichen Vereinigung durch den Reichskanzler fanden am Mittwochnachmittag Besprechungen des Reichskanzlers mit den Führern der Parteien statt, die nicht der gegenwärtigen Regierungskoalition angehören. Zunächst wurde der Abgeordnete Koch-Weser als Vertreter der demokratischen Reichstagsfraktion empfangen. Er teilte dem Reichskanzler mit, daß die demokratische Reichstagsfraktion ihre Zustimmung zum Vertrage von Locarno von einer befriedigenden Lösung der Rückwirkungen abhängig mache. Sie werde sich für eine ehrliche Durchführung der Politik von Locarno und eine Annäherung der europäischen Staaten einsetzen. Sie fordert eine Innenpolitik, die der Festigung der Republik dient, und ein Reichskabinett, das sich auf die Parteien stützt, die diese Außen- und Innenpolitik entschlossen mitmachen. Für die deutschnationale Reichstagsfraktion war der Fraktionsvorsitzende Graf Westarp erschienen. Ihm berichtete der Reichskanzler über die vorgestrigen Besprechungen mit den Führern der Regierungsparteien und über den gegenwärtigen Stand der politischen Lage. Die Besprechung hatte nur informatorischen Charakter. Den gleichen Verlauf nahm die Besprechung des Reichskanzlers mit den Führern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Müller-Franken, Breitscheidt und Hilferding. Auch diesen Herren gab der Reichskanzler Informationen über die augenblickliche politische Lage, die noch ergänzt wurden durch Ausführungen des Reichsaußenministers Dr. Stresemann, der Aufklärung gab über den guten Fortgang der Verhandlungen mit den anderen Mächten. Die sozialdemokratischen Führer nahmen diese Informationen entgegen, ohne dazu im Augenblick Stellung zu nehmen. Eine Entscheidung wird erst in der Fraktionssitzung der Sozialdemokraten am Freitagnachmittag erfolgen. Ein Empfang der Führer der Völkischen und Kommunisten war, wie wir weiter aus parlamentarischen Kreisen hören, nicht vorgesehen. Ueber die Nachmittagssitzung der Zentrumsfraktion des Reichstages ist noch zu berichten, daß die Frage des eventuellen Wiedereintritts Dr. Wirths in die Reichstagsfraktion eingehend erörtert wurde. Eine Entscheidung wurde nicht gefällt, da Dr. Wirth zurzeit noch nicht in Deutschland anwesend ist. Die endgültige Entscheidung wird daher erst auf dem Parteitag in Kassel fallen.

*

Gleichzeitig mit den Aktionen der Regierung und der Parteiführer gehen im Reichstag andauernde Fraktionssitzungen vor sich. Wie es heißt, soll der Reichstag voraussichtlich am 23. November einberufen werden. Es bestehe die Absicht, dem Parlament dann eine bestimmte Regierungsvorlage über die Verträge von Locarno zu unterbreiten. Man rechnet damit, daß über die schwebenden diplomatischen Verhandlungen, die sich auf die Rückwirkungen von Locarno beziehen, etwa Mitte November ausreichend Klarheit geschaffen sein wird.

*

Verhandlungen des Zentrum

Berlin, 4. November.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages trat heute unter dem Vorsitz des Reichskanzlers a. D. Marx zu einer außerordentlich zahlreich besuchten Sitzung zusammen, um über die politische Lage zu beraten. Die führenden Mitglieder der Fraktion sind fast vollzählig anwesend. Abg. Dr. Wirth ist von seiner Amerikareise noch nicht zurückgekehrt. Ob er sich der Fraktion wieder anschließen wird, hängt von dem Ausgang des Zentrumsparteitages in Kassel ab. Die Verhandlungen der Zentrumsfraktion sind vertraulich und werden voraussichtlich erst morgen zu Ende gehen. Trotz der Vertraulichkeit verlautet doch schon, daß in der Debatte namentlich Reichskanzler a. D. Marx, der Vorsitzende der Deutschen Zentrumspartei, und Ministerpräsident a. D. Stegerwald hervortraten. Es wurde gegen die Haltung der Deutschnationalen in der Locarnoangelegenheit Stellung genommen. Die meisten Redner gaben der Meinung Ausdruck, daß man sich dem Vorschlage der Sozialdemokratischen Partei auf sofortige Einberufung des Reichstages nicht anschließen könne. Weiter wurde ausgeführt, daß es wohl am besten wäre, wenn Luther und Stresemann die Verhandlungen mit den Vertragsmächten zu Ende führen würden und wenn eine Umbildung der Regierung erst nach der Unterzeichnung des Locarnovertrages in London, also etwa Anfang Dezember, stattfinden würde.

*

Besetzungsmilderungen im Rheinland

Im Rheinland sind 33 der bisherigen französischen Kreisdelegierten abberufen worden. Ihre Stellen werden nicht mehr besetzt. Wie die französische Besetzungsbehörde mitteilt, ist auch der bisherige Bezirksdelegierte von Koblenz, General Wimpffen, ein bekannter Anhänger Poincarés und Royalist, von seinem Posten abberufen worden. Zu seinem Nachfolger wurde der bisherige Bezirksdelegierte in Bonn, Gelin, ernannt. Nach Mitteilung des „Reichsdienstes der deutschen Presse" hat sich Frankreich mit Wiedereinsetzung eines deutschen Oberkommissars für die Rheinlande einverstanden erklärt. Für den Posten ist der deutsche Botschafter in Madrid, Freiherr Langwerth von Simmern, in Aussicht genommen.

Die Verhandlungen über die Zurückziehung verschiedener rheinischer Ordonnanzen schreiten vorwärts, sind jedoch vorläufig noch nicht zu einem Abschluß gelangt. Es verlautet, daß die deutsche Regierung in Paris die Zusicherung gegeben hat, daß sie ebenfalls gewillt sei, diejenigen Verordnungen zurückzuziehen, die ein Hindernis für den privaten Meinungsaustausch zwischen den alliierten Besatzungsbehörden und den deutschen Beamten bilden.

*

Einspruch gegen die deutsche Heeresleitung zurückgezogen.

Wie von in der Regel gut unterrichteter Stelle mitgeteilt wird, hat die Interalliierte Überwachungskommission die Einwände zurückgezogen, die im Zusammenhang mit den Abrüstungsforderungen gegen die jetzige Organisation der deutschen Heeresleitung erhoben worden waren. Nach dieser Mitteilung dürften also die gegen die Stellung des Generals von Seeckt gerichteten Forderungen gegenstandslos geworden sein.

Wie es heißt, wird die Antwort des Botschafterrats auf die noch nicht veröffentlichte deutsche Entwaffnungsnote, die Botschafter von Hoesch persönlich von Berlin nach Paris mitgenommen hat, ungefähr am 10. November in Berlin erwartet.

*

Vandervelde über die Räumung Kölns.

Brüssel, 5. November. Der gestrige Ministerrat hat eine Reihe wichtiger Beschlüsse gefaßt, unter anderem wurde nach Anhörung des Außenministers beschlossen, daß die Ratifizierung des Vertrages von Locarno im Laufe des Monats Dezember in der Kammer beantragt wird. Man erwartet, daß die Ratifizierung einstimmig erfolgt. Vandervelde hat in seinen Ausführungen darauf hingewiesen, daß die Räumung Kölns beginnen solle, sobald sich die alliierten Regierungen und Deutschland über die Abrüstungsbedingungen geeinigt hätten, die Deutschland noch zu erfüllen habe. Sobald die Reichsregierung formelle Verpflichtungen übernommen habe, soll die Räumung der Kölner Zone erfolgen. Sie werde wahrscheinlich Ende Dezember beginnen und von da ab gerechnet noch vor Ablauf von zwei Monaten beendet sein.

*

Freitags Entscheidung über die Räumung Kölns.

Paris, 5. November. Die Botschafterkonferenz tritt am Freitagvormittag zusammen, um auf Grund des Berichts des interalliierten Militärkomitees in Versailles über die eventuelle Räumung Kölns zu beraten. Halbamtlich verlautet, daß das Gutachten, das Marschall Foch im Namen des interalliierten Militärkomitees abgefaßt hat, in der Feststellung gipfelt, daß die Abrüstung Deutschlands beträchtliche Fortschritte gemacht habe. Man glaubt, daß die Botschafterkonferenz daher bereits übermorgen das Datum der Räumung des Kölner Gebietes festsetzen wird.

*

Petain über den Marokkofeldzug.

Paris, 5. November. Der „Matin"-Berichterstatter in Marokko hatte eine Unterredung mit Marschall Petain. Der französische Oberkommandierende gab auf Befragen zu, daß der Feldzug gegen Abd el Krim in diesem Monat schon zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht worden wäre, wenn er nicht im September, sondern bereits im Juli eröffnet worden wäre. Infolge der aufgeweichten Verkehrsstraßen sei es unmöglich, jetzt größere Kampfhandlungen gegen den Rifführer zu unternehmen. Aus den Erklärungen des Marschalls Petain gehe hervor, daß die Feindseligkeiten erst im Frühjahr wieder aufgenommen wer-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF